

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Nech-Jahen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Erzugspreis:
Hinterblieben in Neuenbürg
N. 17. — Durch die Post
in Orts- und Oberamts-
bezirk sowie im sonstigen
inländischen Bezirke N. 27, 75
mit Postbefreiung.
In Fällen von höherer Ge-
walt behält kein Anspruch
auf Erstattung der Zeitung
oder auf Rückzahlung des
Erzugspreises.
Bestellungen nehmen alle
Poststellen in Neuenbürg
sowie die Ausleger
jederzeit entgegen.
Abonnements Nr. 24 bei der
C. Nech-Jahen Buchdruckerei
in Neuenbürg.

Kriegspreis:
Die einpaltige Zeitungs- oder
beiden Nummern im Bezirke 1 M.
außerhalb desselben 1.30 M.
einschl. Inhabersteuer,
Offerte u. Rückunterteilung
50 J. Neufahrer-Preis 5.—
Bei größeren Aufträgen ent-
sprechender Rabatt, bei im
Falle des Währungswechsels
hinzuwachsen, ebenso wenn
Zahlung nicht innerhalb
4 Wochen nach Rechnungs-
datum erfolgt.
Schluss d. Anzeigen-Aufnahme
tags vorher.
Gesamtpreis Nr. 4.
Für telefonische Aufträge
mit telegraf. Gebühr über-
nommen.

Nr. 24.

Neuenbürg, Montag, den 30. Januar 1922.

80. Jahrgang.

Deutschland.

Der deutsche Reform- und Garantiesplan.

Berlin, 28. Jan. Der Reparationskommission wurde heute die Antwort der deutschen Regierung auf die in Cannes getroffene Entscheidung vom 13. Januar übergeben. Die Antwortnote enthält, wie verlangt, ein Reformprogramm für den Haushalt und den Notenumlauf mit Garantien und ein Programm für die Barzahlungen und Sachleistungen im Kalenderjahr 1922. Vier Anlagen mit eingehendem Tatsachenmaterial über das deutsche Steuersystem, Etat, Abbau der Lebensmittelzuschüsse und Reform von Post und Eisenbahn sind beigelegt. Das Reformprogramm behandelt nacheinander die Maßnahmen zur Vermehrung der Einnahmen, Beschränkung der Ausgaben und Einschränkung der schwebenden Schuld und des Notenumlaufs wie folgt:

Die alliierten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz im Dezember 1920 erkannten an, daß die deutsche direkte Besteuerung seiner weiteren Steigerung mehr fähig ist. Gleichwohl wird durch die dem Reichstag vorliegenden Vorschläge — Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, Kapitalsteuer, Erbschaftsteuer, Körperschaftsteuer — die direkte Besteuerung erneut erhöht, so daß vielfach ein Eingriff in die Vermögenssubstanz nötig ist. Die Erhöhung der Umsatzsteuer von 14 v. H. auf 20 v. H. und der Rohstoffe von 20 v. H. auf 30 v. H. belasten Produktion und Verbrauch im Voraus. Ebenso sollen wichtige Zölle und Verbrauchssteuern erhöht werden. Die Zölle sollen auf wirklicher Goldbasis erhoben werden. Die Gesamtbelastung des Verbrauchs ist der indirekten Besteuerung anderer Länder mindestens gleich. In der Anlage wird die deutsche Steuerbelastung mit 31 bezw. 23 v. H. gegenüber 14 bis 16 bezw. 16 1/2 v. H. der französischen vom Einkommen angegeben. Unter den energischen Maßnahmen gegen die Inflation und Steuerflucht wird die Aufhebung des Bankgeldzwangs, die Überwachung des Wertpapierverkehrs bei den Banken durch die Steuerbehörden, Befreiung der Vorbehalten. Die Tarife sind gegenüber der Vorkriegszeit wie folgt erhöht: Eisenbahnpersonenverkehr 150%, Güterverkehr 100%, Post, Telegramm und Fernspreche. Zuschüsse für Lebensmittelverbilligung werden im Jahre 1922 nur noch eine Milliarde Papiermark gegenüber wie bisher 2,5 Milliarden bezogen. Der Brotpreis wird demnächst erneut um 75 v. H. erhöht. Statt der Erwerbslosenunterstützung wird eine Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeführt. Die außerordentlichen Ausgaben der Post und der Eisenbahn betragen nur ein Drittel vom Hundert des Anlagevertrags gegenüber 2 v. H. in der Vorkriegszeit. Der ordentliche Etat weist mit 10,2 Milliarden Einnahmen und 8,7 Milliarden Ausgaben einen Überschuss von 1,5 Milliarden auf, die für die Reparationen usw. zur Verfügung stehen. Jeweils Einschränkung der schwebenden Schuld wird die Reichsregierung 1922 trotz des Mißerfolgs der Sparprämienanleihe von 1919 erneut eine innere Anleihe beabsichtigen. Ein Erfolg ist erst zu erwarten, wenn feststeht, daß die Bestimmungen des Vertrags von Versailles den Dienst nicht beeinträchtigen können. Unabhängig davon ist die im Steuerkompromiß vorgesehene Vermögensanleihe, die aber nur eine äußere, nicht zu wiederholende Maßnahme darstellt, um die Reparationsleistungen für 1922 möglichst ohne Notenpresse finanziert zu können. Die Autonomie der Reichsbank wird gesetzlich sichergestellt. Die Vermögens der Reichsbank ist eingetragten in die geschäftliche Leitung wird befristet. Die Wirtschaft und Finanzsituation wird in gleicher Weise wie vor dem Kriege verfestigt werden. Das Reformprogramm gewährleistet die Deckung der inneren Zahlungsmittel, jedoch nicht die gesunde Finanzierung der Reparationsleistungen, da die Reichseinnahmen nur Papiergeld bringen. Die Note verweist auf die Auswirkungen der Reparationsleistungen, die die Gründe des Marksturzes und die Unmöglichkeit, trotz höchster Kraftanstrengung zur Zeit die Reparationsleistungen aufzubringen. Deutschland besitzt außer Rohstoffen nur noch wenige Rohstoffe. Die Produktivität der Landwirtschaft ist erheblich zurückgegangen. Der jährliche Einzahlungsüberschuss an unentbehrlichen Rohstoffen und Lebensmitteln beträgt je 2 1/2 Milliarden Goldmark. Die Ausfuhr von zehn Milliarden Goldmark im Jahre 1913 ist auf rund vier Milliarden, also unter Berücksichtigung allgemeiner Steigerung der Weltmarktpreise auf etwa ein Viertel gesunken. Die Zahlungsbilanz mit rund 2 Milliarden ist passiv. Jede erhebliche Devisenabnahme bringt eine neue Erschütterung des Marktwesens, vermehrt die Inflation und schwächt Deutschlands Fähigkeit zur Reparation immer mehr. Bei der wirtschaftlichen Betrachtung des Reparationsproblems ist daher das Ergebnis, daß es unbedingt erforderlich ist, Deutschland mindestens für 1922 von allen Reparationsleistungen in vor zu befreien. Die deutsche Regierung erkennt jedoch an, daß die schwersten Bedenken für die deutsche Wirtschaft und die Finanzen hinter den politischen Remedialleistungen zurückstellen sind. Sie verweist ausdrücklich auf ihre bekannten Forderungen von 720 Millionen Goldmark Barzahlungen und 1450 Millionen Goldmark Sachleistungen, die von den Alliierten in Cannes in Erwägung gezogen sind. Sie bittet, die Barzahlungen, nötigenfalls unter Erhöhung der Sachleistungen, niedriger festzusetzen, schlägt aber ihre Rückkehr auf die Höhe der Forderungen auf Grund der Vorschläge in Cannes verschiedene Einzelheiten für die Durchführung der Lieferungen vor. U. a. sollen die Beschäftigungskosten auf die Gesamtleistungen von 1922 verrechnet und sonstige Verpflichtungen in fremder Währung aus dem Friedensvertrag, insbesondere dem Haager Verträge ermäßigt werden. Deutschland gibt ferner erneut seine Bereitwilligkeit Ausdruck, mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften an der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete mitzuwirken. In diesem Geiste ist das Wiesbadener Abkommen abgeschlossen worden. Deutsch-

land ist bereit, auch mit anderen Alliierten Abkommen über Sachlieferungen abzuschließen. Der Schluss der Note weist auf die Erfahrung hin, daß monatlich oder vierteljährlich wiederkehrende Zahlungen fremder Währung die Leistungsfähigkeit Deutschlands empfindlich schädigen und eine völlige Ordnung der Finanzen verhindern. Eine wirkliche Reparationsfähigkeit ohne Inanspruchnahme inländischer und ausländischer Kredit zur Durchführung der Finanzoperationen großen Stils ist nicht denkbar. Die Wiederherstellung des Vertrauens der Welt in Deutschlands Zahlungsfähigkeit ist die Vorbedingung für eine umfassende Durchführung der Reparationen. Die deutsche Regierung ist daher der Auffassung, daß die Erhebung der Reparationen für 1922 nur ein erster Schritt auf dem Wege zur Lösung des Finanzproblems ist. Wird dieses nicht in Angriff genommen, so wird die Ungewissheit über die Leistungen im Jahre 1923 auch auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage der alliierten Länder einen lähmenden Druck ausüben. Die deutsche Regierung bittet die Reparationskommission, die Schlussanforderungen besonders zu beachten, damit der Weg der Wiederherstellung des deutschen Kredit im In- und Ausland gefunden und eine große Reparationsanleihe und ein internationales Zusammenwirken möglich gemacht werden können.

Die Besetzung des Außenministeriums.

Verschiedene Zeitungen versichern die Tatsache, daß in parlamentarischen Kreisen von Dr. Rathenau als künftigen Minister für das Äußere gesprochen wird. Diese Vermutung hat viel Wahrscheinlichkeit für sich. Man darf ruhig annehmen, daß Dr. Wirth von sich aus die feste Absicht hat, Dr. Rathenau das Ministerium anzubieten. Es wäre auch unnatürlich, wenn er es nicht täte, nachdem die Erfolge, die der Kanzler auf dem Gebiet der Reparationen errungen zu haben glaubt, wesentlich der Tätigkeit Dr. Rathenaus zuzuschreiben sind. Auf der anderen Seite wird sich aber Dr. Wirth darüber klar sein müssen, daß Rathenau auch als Außenminister nur den ungeteilten Beifall der Sozialdemokraten und Demokraten finden wird, daß aber schon in der eigenen Partei des Herrn Wirth sehr starke Widerstände zu überwinden sein werden. Auch macht es den Eindruck, als ob die Deutsche Volkspartei nicht gerade geneigt wäre, sich mit Herrn Dr. Rathenau als Außenminister abzugeben. Sie hat sich ihre endgültige Stellungnahme zu dem Steuerkompromiß bis zur dritten Lesung vorbehalten, und zwar vornehmlich persönliche und sachliche Garantien gefordert.

Arbeiterentlassungen auf der Eisenbahn.

Berlin, 28. Jan. Der sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat in seiner gestrigen 54. Sitzung mit allen gegen zwei Stimmen den von der Reichsregierung beantragten Entwurf einer Verordnung betreffend Veränderung der Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung zugestimmt. Danach wird dem § 12 der genannten Verordnung folgender vierter Absatz eingefügt: Der Reichseisenbahn und der Reichspostverwaltung kann eine Vermehrung der Arbeitsleistung durch Verfestigung der Arbeitszeit, Streckung der Arbeit, nicht zugemutet werden. Die Verordnung soll mit dieser Befristung in Kraft treten.

Die „Deutsche Allg. Zeitung“ schreibt: Das Reichsverkehrsministerium hat, wie wir hören, eine Verfügung herausgegeben, wonach im Bereich der deutschen Reichseisenbahnen über den natürlichen Abgang hinaus bis zum 31. März 1922 20 000 Arbeiter entlassen sein müssen. Davon treffen auf Preußen 10 000, auf Bayern 1000, auf Sachsen 1400, auf Württemberg 1000, auf Baden 1000, auf Thüringen 1000, auf die Westfälischen Provinzen 1000, auf die übrigen Provinzen 1000 auf die Werkstätten. Hierbei sollen die Beurlaubten, die am 1. April ausgemerkt haben und die Eisenbahn verlassen, mitgezählt werden. Etwa 8000 bis 9000 Arbeiter, die für die Entlassung vorgesehen sind, sind Bauarbeiter, welche im Baugewerbe alsbald benötigt werden. In Betracht kommen insgesamt etwa 30 000 Dienststellen, auf die sich die Entlassungen verteilen. Die Maßnahme ist ein erster erheblicher Schritt zur Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Eisenbahnen auf der Ausgaben Seite.

Ausland.

Die Auslieferung der Kriegsbefehlshaber.

Basel, 28. Jan. „Times“ melden, England werde im Obersten Rat gegen die Auslieferung der Deutschen stimmen; es werde sich aber einem Mehrheitsbeschluss unterwerfen. „Secolo“ berichtet, sowohl Italien, wie Japan werden im Obersten Rat gegen die Deutschen Auslieferung stimmen, jedoch der französische belagerte Antrag auf Auslieferung überstimmt werden dürfte.

Frankreichs Kolonialsteuer.

Basel, 28. Jan. Die „Bregins“ meldet aus Paris: In der verflochtenen Woche sind 600 französische Offiziere nach den in französischen Besitz übergebenen deutschen Kolonien abgegangen, um dort die Verhältnisse vom militärischen Gesichtspunkt zu studieren. Die Frage einer Rekrutierung der Eingeborenen wird gegenwärtig vom französischen Kriegsministerium geprüft.

Poincares Gesichtspassungen.

Genf, 28. Jan. Die „Lumaiter“ teilt mit, daß das im Dezember 1914 erlassene Gesetz der französischen Regierung eine Anzahl der größten von Poincare benannten Fällungen enthält, namentlich was die Devisen des Wlanius an Calocosse vom 31. Juli 1914 anbelangt. Das Blatt bringt eine Kopie der Originale der Devisen über die Wlanius des Wlanius von Schön, wonach Deutschland angeht, der russischen Totalmobilmachung den Zustand der Kriegsfahrt anordnete. Das französische Gesetz unterdrückt den ganzen

Passus über Russland. Eine zweite Devisen sagt: Von Schön fragte mich, welche Haltung wir im Falle des deutsch-russischen Krieges einnehmen. Ich habe ihm nicht geantwortet. Diese letzte Sach fehlt im Geldbuch. In einer dritten Devisen verlangt Wlanius, Calocosse möchte Sazonow verständigen und einen sofortigen Ausschluß über die angelegte Totalmobilmachung veranlassen. Die letzten neun Worte fehlen im Geldbuch. Poincare wollte mit seinem Kompagnon Wlanius in Russland den Eindruck erwecken, Deutschland erwähne gar nichts von der russischen Mobilmachung, damit Sazonow Deutschland als Angreifer hinstellen könne. Das Blatt verspricht weitere Ausschüsse.

Was die polnische Freundschaft Frankreich kostet.

Paris. Die „Ere Nouvelle“ veröffentlicht unter dem Titel „Was uns Polen schuldet“ eine nicht uninteressante Zusammenstellung aller französischen Aufwendungen für den neuen Entente-Block in den Jahren nach dem Waffenstillstand. Das Blatt erwähnt u. a. die Aufstellung der Armee Haller, die in Frankreich ausgerüstet und bewaffnet wurde. Ferner die Tatsache, daß nach dem Wortlaut des französisch-polnischen Vertrages vom 15. Januar alle französischen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die nach Polen geschickt worden waren, zwar den polnischen Etat mit ihren Kosten belasteten, aber von Frankreich bezahlt wurden. Im Frühjahr 1920 hat Frankreich an Polen geliefert: 327 000 Gewehre, 2800 Maschinengewehre, 48 000 Revolver mit 518 Millionen Patronen, 1484 Granaten von 75, 105, 130, 150 Millimeter mit 10 123 000 Schrapnell, 291 Flieger, 250 Automobile und noch anderes Kriegsmaterial in sehr beträchtlichen Mengen. Und als die polnischen Panzer keine Pferde hatten, schickte Frankreich nach Polen 24 200 Pferde mit 30 000 Tonnen Futtermaterial. Obwohl es zwar schwierig ist, Zahlen zu nennen, so kann man doch feststellen, daß im französischen Etat von 1920 und 1921 ein Kredit von zusammen einer Milliarde Francs vorhanden ist. Aber es ist ja bekannt, daß Polen in den allerungünstigsten Augenblicken kriegerischer Zeit befand, was die Expedition gegen das friedsuchende Litauen und die Unterhaltung eines 50 000 Mann starken Korps, um Wilna zu gewinnen, beweist. Nachdem das Blatt noch nähere Angaben über die Ausrüstung der polnischen Armee, die gleichfalls aus rein französischen Mitteln bestritten wurde, gemacht hat, schließt es: Bei dieser Ungleichheit zwischen Schuldner und Gläubiger muß man sich fragen, ob Frankreich nicht die Rolle des Dummen spielt, und ob es noch mehr eingebuchtet ist, noch mehr Geld in dieses Loch der Danaiden zu schütten.

Ein amerikanisch-französischer Zwischenfall?

Aus London wird gemeldet: Einer Washingtoner Devisen der „Morning Post“ zufolge, lehnte Präsident Harding es in den letzten Tagen zweimal ab, den französischen Vorkriegsminister Joffre an das Staatsdepartement zu empfangen. Das erste Mal wurde er dem französischen Vorkriegsminister an das Staatsdepartement. Joffre machte Joffre einen zweiten Versuch, wurde aber auch diesmal abgelehnt. Joffre begab sich darauf in das Staatsdepartement, wurde aber nicht vom Staatssekretär Dugdes, sondern vom Unterstaatssekretär empfangen. Joffre empfand diese Beleidigung am so tief, als er nicht nur französischer Botschafter in Washington, sondern auch Senator des dortigen diplomatischen Korps ist. Er betonte sein Recht auf eine Audienz beim Präsidenten, doch lehnte es das Staatsdepartement ab, dieses Recht nachzuweisen. Grundverleumdungen von dieser Daltung des Präsidenten ist diejenige, die er dem englischen Vorkriegsminister in Washington, Geddes, gegenüber an den Tag legte: Vorgestern fand ein großer Fall statt, den der Vorkriegsminister Geddes in Begleitung seiner Gemahlin besuchte. Präsident Harding, der gleichfalls anwesend war, begab sich in die Loge des englischen Vorkriegsministers und bat ihn, Frau Geddes Gesellschaft leisten zu dürfen, während er, Geddes die Loge der Frau Harding besuchte und sich unterhalten wollte.

Eine neue Konferenz zur Prüfung der Regeln für die Kriegsführung.

Washington, 28. Jan. Der permanente Ausschuss der Abrüstungskonferenz hat beschlossen, die Prüfung der Regeln für die Kriegsführung einer neuen Konferenz zwischen den fünf Mächten vorzubehalten. Jede Macht soll zwei Vertreter ernennen, die zusammen einen internationalen Ausschuss bilden. Die Namen der Delegierten müssen den Vereinigten Staaten binnen drei Monaten nach dem Schluss der gegenwärtigen Konferenz mitgeteilt werden, worauf die amerikanische Regierung den Zeitpunkt für den Zusammentritt der neuen Konferenz festsetzen wird.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 28. Jan. Durch Entschließen des Herrn Staatspräsidenten ist die Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Engelshaus dem Lehramtsbewerber Karl Bierlein in Rehl übertragen worden.

Neuenbürg, 28. Jan. Welch weitgehendes Bedürfnis die Sparkassen mit der Aufnahme des Giro- und Scheckverkehrs in ihren Geschäftsbereich zu befriedigen hatten, zeigen aus neue die Rechnungsergebnisse der hiesigen Oberamts Sparkasse für das Jahr 1921. Gegen das Vorjahr hat die Zahl der Teilnehmer am Giro- und Scheckverkehr (ohne Wildbad) um 162 auf 347, der Umsatz um mehr als 100 Proz., die Zahl der erledigten Aufträge um mehr als 60 Proz. zugenommen. An der Steigerung sind besonders die letzten Monate des Jahres beteiligt, sie hält auch im neuen Jahre unverändert an. Diefelbe Erscheinung ist auch im sonstigen Württemberg wahrzunehmen, wo die Gesamtzahl der Giroteilnehmer sich auf annähernd 40 000 gehoben hat. Die Provisions- und Scheckfreiheit des Giro- und Scheckverkehrs und eine angemessene Verzinsung der Giroaufhaben konnte beibehalten werden. In gleich befriedigender Weise hat sich der Scheckverkehr

langen Karte vorben rieden? Morgen Lieben. age stätigeichen, ac. rweiden? rglommen, 1. timmen, en. ich warte. Lieben. istarte. nten. jücht — der Kirche ist ven. oll — gewirkt hat für den reibt, — den Wälder das u voran, — des Volkes Rot noch lässlich fort, — r sch raffte sie binnen, — rings Web und Geld, — de; — im Bund der Gruppe Runde. — Der Boh richtig abgenommen; — müste ja so kommen. — die Toheit der Gebüh — vernünftig reduziere at — das große Werk a ren es — die Lore und die n Mill: — Die schade, wie u n s, vergebri — so viele u f e n t e m p e l w o r d — vom Feuermeer befrüht. amen. — Ach, neue Diobden! — In wundern wär's vor uns töten! Wdu. andespartasse, die früher und was, nimmt jetzt Sparo hat sie mit Rücksicht auf Jahresgrenze aufgehoben 1000 M. erhöht, es kann also u n d Kinder) 1 e bis 10 wachen zur Zeit in jedem leistet. Durch die Einfüh wieviel die 1919er Kustit som Kapital erzielt wer Proz. der Zinsen als Kapital selbst anderwärts geblieben Gelder vornehm quisiutierte Gemeinde überbeist haben. Die An ist sinnlos, denn das so sondern nur Wertzeichen Gefahr des Verlusts durch und zu Dazug keinen (erzenteil.)

Bank
Mark
Millionen
annstall
ilm

Produktion

Prengkapseln,
üre.

5, Bad Liebenzell.

uchungen

Ankrankheiten
wissenschaftlich aus

Nägl, Grafrath,
rn.

er Adresse per Postpost

schreiben!

ig Nägl, Laboratorium
großen Freude mitteilen,
ganz bedeutend gebessert
d-Kraft; bin auch sonst
auch die schweren Fälle

ob Hausbacher,
st Oberaudorf a. Jan.

bleffen

er, Bander
Redner

sch, Katarre

ste
gt an

ion von Patentmarken,
Gy.

